



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 01.03.2024

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 4. März 2024

Fokusthemen: **Justiz und Inneres**

Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montag nach der Abschreibung von zwei Postulaten mit verschiedenen Vorstössen befassen, welche die Direktion der Justiz und des Innern betreffen. Nach der Beratung einer Einzelinitiative wird der Rat versuchen, bis zum Ende der Sitzung möglichst viele parlamentarische Initiativen zu behandeln.

Postulate zu Jugendgewalt und Gleichstellung sollen abgeschrieben werden

Rasch behandelt werden dürfte die Abschreibung zweier Postulate. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von Dieter Kläy, Kantonsrat der FDP, betreffend «Strategie im Umgang mit Jugendgewalt» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 143a/2021](#)). Der Regierungsrat sollte gemäss Postulat darlegen, mit welchen Strategien er der wachsenden Jugendgewalt im Kanton begegnen will. Ebenfalls einstimmig beantragt die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK), das Postulat von Grünen-Kantonsrätin Silvia Rigoni betreffend «Bericht zur Gleichstellung von Frau und Mann in der Kantonsverwaltung» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 8a/2018](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, dem Kantonsrat jährlich Bericht über die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Kantonsverwaltung zu erstatten.

KJS-Präsident: Daniel Wäfler (SVP, Gossau), 079 678 34 60

STGK-Präsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

Vorstösse zu Gewalt, Privatsphäre, Hafturlauben und Erbteilungen

Mit einer Interpellation hat SVP-Kantonsrätin Jacqueline Hofer dem Regierungsrat verschiedene Fragen in Zusammenhang mit zunehmender Gewalt gegen Polizisten und Rettungskräfte gestellt ([KR-Nr. 135/2022](#)). Für den Kantonsrat gibt es dabei nichts zu entscheiden. Interpellationen werden vom Regierungsrat schriftlich beantwortet und anschliessend im Rat diskutiert. Mitunter kommt es im Rat bei emotionalen Themen zu lebhaften Debatten. Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt. Wilma Willi, Kantonsrätin der Grünen, möchte mit Unterstützung von SP, GLP und AL den Einsatz von biometrischen Fernerkennungs-systemen zur Identifizierung durch kantonale Organe im öffentlich zugänglichen Raum grundsätzlich verbieten ([KR-Nr. 329/2022](#)). Der Regierungsrat beantragt, die Motion abzulehnen. Ein explizites, durch den Gesetzgeber zu verankerndes Verbot sei aufgrund der bestehenden gesetzlichen Grundlagen nicht notwendig. Eine angeregte Diskussion ist zu den Antworten des Regierungsrates auf eine Interpellation von SVP-Kantonsrat Christoph Marty zu deliktischem Verhalten während Hafturlauben zu erwarten, die ursprünglich von Altkantonsrat Claudio Schmid eingereicht worden war ([KR-Nr. 395/2022](#)). Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt. Um Hinterbliebene in den teils rechtlich komplexen Fragen nach einem Todesfall besser zu unterstützen, fordert Grünen-Kantonsrätin Jeannette Büsser mit Unterstützung der SP ein

Erbteilungsamt zu schaffen ([KR-Nr. 27/2023](#)). Der Regierungsrat hatte sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen. Weil die GLP den Vorstoss ablehnt, wird über eine Überweisung erst nach einer Debatte im Rat entschieden.

Jacqueline Hofer (SVP, Dübendorf), 044 820 20 85

Wilma Willi (Grüne, Stadel), 078 875 70 22

Christoph Marty (SVP, Zürich), 079 352 66 33

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen), 077 255 27 56

Rückzahlungsquote bei Alimentenbevorschussungen soll erhöht werden

Normalerweise rasch behandelt werden Einzelinitiativen (EI), also Initiativen, die von Privatpersonen eingereicht werden. Im Rat geht es vorerst nur darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen. Anschliessend entscheidet der Rat auf Antrag der zuständigen Kommission definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. Mit einer EI fordert eine Person aus Bülach, Massnahmen zur Erhöhung der Rückzahlungsquote im Bereich der Alimentenbevorschussung ([KR-Nr. 29/2024](#)). Der Initiant hat beantragt, die EI im Rat zu vertreten. Der Kantonsrat hat diesem Antrag in der letzten Sitzung zugestimmt.

Parlamentarische Initiative zu Parteientschädigungen, Arbeitszeiten und Sozialhilfe

Bis zum Sitzungsende wird der Kantonsrat voraussichtlich einige parlamentarische Initiativen (PI) behandeln. Dabei geht es vorerst ebenfalls darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie aber nicht dem Regierungsrat, sondern direkt einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der Kommission entscheidet der Kantonsrat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung der PI. SP-Kantonsrat Davide Loss verlangt mit breiter Unterstützung, dass obsiegende Parteien bei Rechtsmittelverfahren Anspruch auf eine Parteientschädigung für die ihnen erwachsenen Kosten haben – und nicht mehr nur auf einen Teil des Aufwands ([KR-Nr. 421/2023](#)). Benjamin Walder, Kantonsrat der Grünen, fordert, unterstützt von SP, EVP und AL, für Assistenzärztinnen und -ärzte einen Höchstarbeitszeit von 42 Stunden pro Woche – plus vier Stunden Weiterbildung ([KR-Nr. 10/2024](#)). Und Grünen-Kantonsrätin Jeannette Büsser will mit Unterstützung von SP und AL, die Pflicht für Sozialhilfebeziehende, zu einer günstigeren Krankenversicherung zu wechseln, streichen ([KR-Nr. 28/2024](#)).

Davide Loss (SP, Thalwil), 079 916 66 76

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon), 078 676 79 73

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen), 077 255 27 56

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:

Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12

Parlamentdienste, Medienstelle, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich

Telefon: 043 259 20 12 – ronny.nicolussi@pd.zh.ch